

“Innovation” und “Eliteunis” beherrschen seit der Weimarer Klausur der SPD Anfang des Jahres die politischen Schlagzeilen. Endlich einmal wieder Themen, die in die Zukunft weisen könnten. Für die CDU und die CSU und leider auch für viele Sozialdemokraten scheint der wichtigste Punkt in einem Innovationsprogramm, die Einführung von Studiengebühren zu sein, also eine weitere Privatisierung der Kosten für die Bildung. Sollte das Bundesverfassungsgericht die Regelung der Studiengebührenfreiheit im Hochschulrahmengesetz aus formellen Gründen kassieren, wird der Damm gegen die Einführung von Studiengebühren brechen. Baden-Württemberg und Bayern haben ihre Gesetzentwürfe schon in der Schublade. Argumente gegen Studiengebühren werden in der öffentlichen Debatte nicht mehr zur Kenntnis genommen. Ein weiteres Beispiel für einen gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Von Wolfgang Lieb, “Blätter für deutsche und internationale Politik” 5’04, [Studium als Privatinvestment](#) [PDF - 156 KB].